TERMINE

- **offene Vorstandssitzung:**
  Di 20. März, 19 Uhr, Seki Baden
  Wir suchen neue Vorstandsmitglieder. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
- **Mitgliederversammlungen:**
  Di 8. Mai, Laufenburg
  Di 21. August, Zofingen
  Di 23. Oktober, Kulm
  jeweils ab 19:30 Uhr
- **DV Grüne Schweiz:**
  5. Mai in Olten
  25. August, 27. Oktober
- **Abstimmungstermine:**
  4. März, 10. Juni, 23. September, 25. November
- **Grüner Stammtisch Aarau:**
  Do 22. März (mit MV), 19 Uhr, Freizeitwerkstatt, Pelzgasse 17
  Mi 25. April, Do 24. Mai, Mi 27. Juni
  20 Uhr, Garage, Kirchplatz 6
- **Grüner Stammtisch Baden:**
  Mi 14. März, Mi 13. Juni, Mi 7. November, 19 Uhr, UnvermeidBAR

GRÜNE DEBATTE ZUM THEMA

RUNDFUNKSTEUER STATT RUNDFUNKGEBÜHR?

Im Zuge der No-Billag-Initiative und der drohenden Vorlage zur Halbierung der Gebühren steht die Frage im Raum, ob die SRG nicht besser über eine einkommensabhängige Steuer finanziert werden sollte. Steuern sind hierzulande allerdings selten zweckgebunden, und die SRG würde damit dem Bundesbudget unterstellt. Auch Grünen-intern ist die Idee umstritten.

Pro: Daniel Ballmer, Vorstand ▸ Die Idee von der unabhängig finanzierten und deshalb unabhängigen SRG ist eine schöne Geschichte. Nur zeigt sich gerade ihre Schwäche: Die Rundfunkgebühr schmerzt viele ärmere Menschen – und der Reflex, alles niederzureissen, liegt einem bedrohlich grossen Teil der Bevölkerung nahe. Die SRG soll einkommensabhängig finanziert werden. So untersteht sie zwar dem Bundesbudget und kann vom Parlament gestutzt werden. Aber solange ihr Grundauftrag klar definiert ist, ist dies ein kleineres Risiko als brachiale Kahlschläge per Volksentscheid. Die nächste medienpolitische Initiative muss von uns kommen, sonst droht mit der SVP-Initiative zur Halbierung der Gebühr schon ein neuer Kahlschlag. Ein klarer Grundauftrag und eine einkommensabhängige Finanzierung stärken die SRG und entlasten Menschen mit kleinem Portemonnaie.

Contra: Christian Keller, Vorstand ▸ Die Finanzierung der öffentlichen Medien durch Steuergelder hätte einen attraktiven Vorteil: Kleine Einkommen würden entlastet. Doch der Preis dafür wäre hoch, denn es droht der Verlust der Unabhängigkeit. Werden Gebührengelder heute ohne jeglichen Einfluss des Parlaments verteilt, würde die Alimentierung der öffentlichen Medien dem Goodwill jener unterworfen, die sie kontrollieren sollen. Die Verantwortlichen müssten mit der Angst im Nacken leben, dass ihnen das Parlament den Geldhahn zudreht, und in der Folge ihre Arbeit selbst zensurieren – die Hand, die einen füttert, beisst man nicht. Damit hätten wir den «Staatssender», der die SRG heute eben gerade nicht ist und auch nicht sein soll. Aus vergleichbarem Grund darf der Beitrag der Werbegelder ans Gesamtbudget nicht zu hoch sein. Wer zahlt, befiehlt. Am besten ist es für uns Bürgerinnen und Bürger, wenn wir die Zeche selbst bezahlen. Denn die Unabhängigkeit der Medien ist ein hohes und zunehmend bedrohtes Gut. ■

PAROLEN

Abstimmung vom 4. März 2018:

EIDGENÖSSISCHE UND KANTONALE ABSTIMMUNGEN

- **NEIN** zur Abschaffung der SRG («No-Billag-Initiative»)
- **JA** zum Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021
- **NEIN** zur Änderung des kantonalen Stipendiengesetzes

IMPRESSUM
Der Grüne Rundbrief ist das Publikationsorgan der Grünen Aargau. Herausgeberin: Grüne Aargau
Design: fischerdesign.ch, Würenlingen
Druck: Binkert Buag AG, Laufenburg
Cyclus Print, 100% Recyclingpapier. Die Produktion erfolgt klimaneutral und mit erneuerbarer Energie.
Fotos, wo nichts erwähnt: Grüne Aargau

P.P.
CH-5400 Baden
DIE POST

FEBRUAR – NR. 1/2018

RUNDBRIEF DER GRÜNEN AARGAU

GRÜNE AARGAU

KEIN KAHLSCHLAG BEI DER MEDIENVIELFALT

NEIN ZU «NO BILLAG»

GRÜNE GRUENE.CH

Titelfoto: Grüne Schweiz. Foto unten links: Junge Grüne Schweiz. Foto unten rechts: lizenzfrei.

THEMA

MEDIENPOLITIK

Die «No-Billag-Initiative» will die SRG vollständig abschaffen. Ein derartiger Kahlschlag kommt für uns nicht in Frage, soviel ist klar. Aber wir können die Gelegenheit nutzen, um medienpolitische Probleme anzusprechen und grüne Lösungen zu finden. ▸ *Seiten 2 bis 4*

Die Jungen Grünen Schweiz haben die Aargauerin Maja Haus als Co-Präsidentin gewählt. ▸ *Seiten 2 und 3*

Ein Rückblick auf die Diskussionen und Ideen vom 27./28. Januar.
▸ *grueneaargau.ch/strategieseminar*

- **BEZNAU I:**
  Gefährliches Spiel mit den Sicherheitsvorschriften
  grueneaargau.ch/beznau
- **KOPFLOSER AUSBAU:**
  Die Grünen Aargau nehmen Stellung zur Autobahn A1
  grueneaargau.ch/autobahn

MEHR LESENSWERTES UNTER

grueneaargau.ch
@gruene_aargau
facebook.com/grueneaargau

AMUSE-BOUCHE

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH UND ALLES GUTE!

Geschätzte Grüne und SympathisantInnen

Unsere Parteisekretärin Maja Haus wurde am 20. Januar ins Co-Präsidium der Jungen Grünen Schweiz gewählt. An dieser Stelle möchte ich ihr dazu von Herzen gratulieren. Der neuen Aufgabe will sich Maja voll und ganz widmen und sie hat sich daher entschieden, unser Parteisekretariat weiterzugeben.
Wir danken Maja für die grossartige Arbeit, die sie geleistet hat. Sie war eine wichtige Stütze für die Partei und auch für die Bezirke. Wir verlieren mit ihr viel, können uns aber freuen, dass sie ihre Kompetenzen in den Dienst der Jungen Grünen stellt. Maja, viel Erfolg!

Gruess
Euer Präsi, Daniel Hölzle

THEMA

INKOMMENSURABILITÄT

In einer Zeit, in der der mächtigste Mann der Welt sich in möglichst kurze Worte fasst («Sad!», «Fake!», «Wall!»), ist es doch ein langes Wort, vor dem wir uns am meisten fürchten sollten: Inkommensurabilität.

Daniel Ballmer, Politikwissenschaftler ▸ Eine Diskussion ist inkommensurabel, wenn die Diskutierenden keine gemeinsame Gesprächsbasis mehr haben, was jedes konstruktive Gespräch verunmöglicht. Wenn die eine Seite Lösungen für den Klimawandel sucht und die andere steif und fest behauptet, der Klimawandel sei eine Lüge. Oder andersrum: Wenn die eine Seite scharfe Massnahmen gegen Wahlbetrug fordert, während die andere darauf hinweist, dass Wahlbetrug hierzulande schlichtweg nicht vorkommt.
In den USA ist inzwischen fast jede Debatte inkommensurabel. Seit der Gründung von Fox News vor zwei Jahrzehnten hat sich ein Paralleluniversum von Rechtsaussen-Medien gebildet. Dort baut jede einzelne Problematik auf anderen Fakten auf als in den älteren Sendern und Zeitungen, die immer noch «Mainstream-Medien» genannt werden. Tatsache ist allerdings: In den USA gibt es keinen Mainstream mehr, der eine gemeinsame Diskussionsbasis liefert. Es gibt einen pluralistischen und einen rechtspopulistischen Strom, die parallel und fast völlig getrennt voneinander fliessen. Der Effekt nach weniger als einer Generation: Mittlerweile gibt es Dutzende von Worten, die nur noch in einer der beiden Strömungen verwendet werden. Sprachlich und gedanklich bilden sich zwei Welten.
Ein echter Mainstream ist zwar für alle politischen Lager unangenehm – für uns zum Beispiel, wenn jene, die ihre Arbeit geben, konsequent als «Arbeitnehmer» bezeichnet werden und jene, die die Früchte dieser Arbeit ernten, als «Arbeitgeber». Ein Mainstream ist unendlich träge und ändert sich jeweils zwanzig Jahre zu spät. Aber er schafft trotz allem einen gemeinsamen Ausgangspunkt für jede Diskussion. Wenn eine Initiative gegen die Menschenrechte verstösst, wenn ein Politiker Geld unterschlägt oder Frauen betatscht, dann erfahren dies hierzulande alle. Den einen scheint dann die mediale Verurteilung übertrieben, den anderen noch zu lasch. Aber es ist kaum je so, dass Menschen einer bestimmten politischen Couleur die Geschichte ganz anders zu lesen bekommen als alle anderen – und deshalb lebt die Debatte hierzulande noch.
1925 kam der erste moderne Lautsprecher auf den Markt, und plötzlich war es möglich, riesige Menschenmassen gleichzeitig mündlich zu informieren. Die ersten, die mit dieser neuen Technologie ganze Stadien füllten, waren die Nationalsozialisten. Ihre Versammlungen waren spektakulär und zogen nicht zuletzt deshalb Zehntausende an. Die Schaffung nationaler Rundfunkstationen war vielerorts auch eine Reaktion auf diese Entwicklung. Der Qualitätsjournalismus musste da sein, wo die Menschen zuhörten, sonst wurde die faschistische Propaganda langsam, aber sicher zur öffentlichen Meinung.
In jener düsteren Zeit wurde die SRG geboren, und bis heute erfüllt sie ihre Aufgabe: Sie schafft mittels klarer Standards und politisch unabhängiger Recherche einen Mainstream in der Diskussion. Sie ist inzwischen weit über ihre Kernaufgaben hinausgewachsen, ihre Finanzierung ist nicht sozial, und beides gehört diskutiert. Aber sie ganz abzuschaffen, wie es die No-Billag-Initiative fordert, erreicht nur eines: Dass in zwanzig Jahren eine konstruktive Diskussion zwischen politischen Lagern unmöglich ist. ■

JUNGE GRÜNE SCHWEIZ

DER AARGAU IST IM CO-PRÄSIDIUM!

Lange Jahre lang war die Sektion der Jungen Grünen Aargau eher überschaubar und im schweizweiten Vergleich personell nicht gerade stark aufgestellt. Dies änderte sich in den vergangenen Jahren dank vieler engagierten Personen, nicht zuletzt auch wegen Maja Haus.

Claudio Miotti, Co-Präsident Junge Grüne Aargau ▸ Die meisten Grünen im Kanton Aargau kennen Maja vor allem als die fleissige und unbeirrbare Kraft im Sekretariat in Baden und an den Sitzungen der Grünen. Doch nun wurde sie am 20. Januar an der nationalen Mitgliederversammlung in Winterthur als erste Aargauerin überhaupt in das nationale Co-Präsidium der Jungen Grünen Schweiz gewählt und tritt damit die Nachfolge der Luzernerin Judith Schmutz an. Damit ergänzt sie nun das Co-Präsidium von Luzian Franzini (ZG) und Kevin Morisod (VS).
Mit Maja im Präsidium kann eigentlich nichts mehr schief gehen und wir sehen optimistisch in die Zukunft, die mit dem Sammeln der Kriegsgeschäfte-Initiative und der anlaufenden Kampagne rund um die Zersiedlungsstopp-Initiative gleich zwei grosse Brocken liefert.
Wir Junge Grüne Aargau freuen uns extrem über Majas Wahlerfolg und die Vertretung des Kantons Aargau im Präsidium der Jungen Grünen Schweiz. Wir hoffen von ganzem Herzen, dass wir sie trotz ihrer zahlreichen neuen Pflichten immer noch regelmässig bei unseren Sitzungen und Aktionen begrüssen dürfen. Der Vorstand der JGA wünscht Maja weiterhin viel Erfolg für ihre Zukunft und viel Energie für ihr neues Amt! ■

THEMA

DIE MEDIENKONZENTRATION GEHT WEITER

Derweil die Schweiz über die Abschaffung der SRG streitet, geht still und leise das Sterben der Zeitungen weiter. Das Joint Venture von AZ Medien und NZZ im Regionalzeitungsbereich bedeutet eine weitere Ausdünnung der Pressevielfalt in der Schweiz. Die Probleme der SDA zeigen, dass das Problem tiefer liegt.

Christian Keller, Vorstand Grüne Aargau ▸ Was die Leitartikler der AZ- und der NZZ-Titel Anfang Dezember als Erfolgsmeldung zu verkaufen suchten, war eigentlich eine bittere Niederlage. Die Blätter sind immer dünner geworden, die Inserateeinnahmen sind zusammengebrochen: Die Verlage stecken tief in der Krise und mit ihnen die Schweizerische Depeschenagentur SDA, die ihnen gehört.

Für die freie Meinungsbildung in unserer direkten Demokratie sind Informationen über das Geschehen im Land unverzichtbar. Es stellt sich immer dringender die Frage, wie Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien noch überleben können, wenn die Zahlbereitschaft sinkt. Mit Mantelzeitungen eine regionale Vielfalt vorzugaukeln, die es in Wahrheit nicht mehr gibt, genügt jedenfalls nicht. Stattdessen braucht es eine Förderung qualitativ hochwertiger Inhalte, die inhaltlich ausgewogen und sachgerecht sind und zur Meinungsbildung beitragen. Das Gebührenmodell der audiovisuellen Medien könnte zur Finanzierung der SDA oder einer zu gründenden unabhängigen Agentur ausgeweitet und mit einem entsprechenden Leistungsauftrag verknüpft werden. Was die Schweiz braucht, sind jedenfalls nicht weniger, sondern mehr öffentliche Medien. ■